

<http://www.taz.de/!5372750/>

TAZ, 19. 1.2017, Malte Kreuzfeld

Braunkohlesparte von Vattenfall

Brandenburg trickste bei Verkauf

Greenpeace veröffentlicht Unterlagen, die belegen: **Die Landesregierung verheimlichte die Möglichkeit, den umstrittenen Deal zu stoppen.**



Vattenfalls Hinterlassenschaften: Braunkohletagebau Jänschwalde in der Lausitz Foto: dpa

BERLIN taz | Das brandenburgische Wirtschaftsministerium hat die Öffentlichkeit über die eigene Rolle beim Verkauf der Braunkohlesparte des Energiekonzerns Vattenfall falsch informiert. Das geht aus Unterlagen hervor, die die Umweltorganisation Greenpeace am Mittwoch veröffentlicht hat. So hat das **Ministerium anders als angegeben von Anfang an eine aktive Rolle bei den Verkaufsverhandlungen gespielt. Schon im Jahr 2014, als Vattenfall noch nicht einmal offiziell seine Verkaufsabsicht geäußert hatte und die Landesregierung davon angeblich noch nichts wusste, gab es im Ministerium hochrangige Gespräche mit Vertretern des späteren Käufers.**

Und bereits zu diesem Zeitpunkt war im Haus von SPD-Minister Alexander Gerber klar, dass man das Geschäft verhindern konnte, wenn Zweifel an der finanziellen Leistungsfähigkeit des Käufers bestehen. Denn Braunkohletagebaue verursachen langfristig hohe Kosten für Wassermanagement und Renaturierung, für die der Betreiber aufkommen muss. „Daher ist die Bergbehörde auch **befugt, die Genehmigung zur Veräußerung des Bergwerkseigentums zu versagen**, wenn nicht glaubhaft gemacht wird, dass der Erwerber die finanziellen Mittel aufbringen kann, die im Einzelfall als notwendig anzusehen sind, um Spätfolgen des Bergbaus zu begegnen“, schrieb das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe in einem Vermerk für das Ministerium.

Diese Einschätzung wurde auch in ein Gesprächsprotokoll des Ministeriums übernommen – allerdings mit einer bemerkenswerten Ergänzung: Sie sollte „zum gegenwärtigen Zeitpunkt **nicht gegenüber Dritten thematisiert** werden“, heißt es darin. Dass das Ministerium den Verkauf stoppen konnte, sollte also niemand erfahren.

Das Ministerium weist den Vorwurf zurück. Weil das ganze Unternehmen verkauft wurde, habe es sich formal nicht um eine Veräußerung von Bergwerkseigentum gehandelt, sagte Sprecherin Andrea Beyerlein der taz. „Daher bedurfte es nach dem Bundesberggesetz keiner Zustimmung.“ Greenpeace-Experte Karsten Smid hält diese Aussage für „nicht nachvollziehbar“ und fordert das Ministerium zum Handeln auf. „Minister Gerber muss den hochdubiosen Betreiber EPH in die Pflicht nehmen und dafür sorgen, dass er sich nicht auf Kosten der Steuerzahler aus seiner Verantwortung stiehlt.“

Es gab noch Geld dazu

Tatsächlich wurden die Braunkohletagebaue und Kraftwerke in Brandenburg und Sachsen trotz Protesten von Umweltverbänden und Grünen im vergangenen Herbst verkauft – an Tochterunternehmen eines **Finanzinvestors und des tschechischen Energiekonzerns EPE**, mit dem die Landesregierung bereits zwei Jahre zuvor verhandelt hatte. Statt Geld zu bekommen, muss Vattenfall den neuen Eigentümern 1,7 Milliarden Euro dazugeben, damit diese später für die Folgekosten aufkommen können.

Seitdem hat sich aus Sicht von Greenpeace der Verdacht bestätigt, dass die Kapitaldecke dünner wird. So sei die Eigenkapitalquote der Tagebausparte, die zusammen mit den Kraftwerken verkauft wurde, von 42 Prozent im Jahr 2014 auf 31 Prozent im Jahr 2016 zurückgegangen.

Kommentar Braunkohle in Brandenburg, TAZ, 19.1.2017

Ein Desaster mit Ansage

Wider besseres Wissen hat die Landesregierung den Verkauf von Vattenfalls Kohlesparte nicht gestoppt. Das Risiko trägt der Steuerzahler.



Gehört jetzt neuen Investoren: der Tagebau Jänschwalde Foto: ap

Als der schwedische Stromkonzern Vattenfall im letzten Jahr sein ostdeutsches Braunkohlegeschäft verkaufte, warnten Umweltschützer und Grüne: **Die neuen Eigentümer – zwei Briefkastenfirmen**, hinter denen ein Finanzinvestor und ein Energiekonzern aus Tschechien stehen – könnten **Geld aus dem Unternehmen abziehen und dann Insolvenz anmelden**, sodass am Ende die Steuerzahler für die teure Rekultivierung der riesigen Tagebaugruben aufkommen müssen. Doch die **Landesregierungen von Brandenburg und Sachsen**, die dem Verkauf zustimmen mussten, schlugen die Warnungen in den Wind und **genehmigten die Übergabe ohne Auflagen**.

Nun steht fest, dass sie dabei nicht einfach naiv waren, sondern mit voller Absicht ein großes Risiko für den Steuerzahler eingegangen sind. Unterlagen, deren Herausgabe der Umweltverband Greenpeace erstritten hat, zeigen, dass das brandenburgische Wirtschaftsministerium sehr strategisch vorging. Das SPD-geführte Haus war von Anfang an an den Verkaufsverhandlungen beteiligt und wusste, dass der Deal gestoppt werden kann, wenn der Investor finanziell nicht leistungsfähig ist.

Doch die Behörde beschloss nicht nur, von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch zu machen. Sie vereinbarte sogar, sie vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Nichts sollte das Geschäft gefährden, von dem sich das Land den Erhalt von Arbeitsplätzen versprach.

Dieses Vorgehen ist nicht nur dreist, es ist auch unglaublich kurzsichtig. Denn um sich in der Gegenwart ein Problem vom Hals zu halten, nimmt Brandenburg in Kauf, dass die öffentliche Hand in Zukunft auf Milliardenkosten sitzen bleibt. Wie schon beim Atommüll verlässt man sich so lange auf Zusagen der Unternehmen, bis kaum noch Geld vorhanden ist. Wenn die Länder nicht in der Lage sind, das zu ändern, muss sich der Bund einschalten und Rücklagen unter öffentlicher Kontrolle verbindlich machen.